

**Annoncen-
Annahme-Bureau**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. F. Alric & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streiland,
in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. F. Dand & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Kudolph Wolff.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidentank“.

Nr. 132.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 22. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Die Nachwahl in Berlin.

Heut, am 21. Februar, findet im 3. Wahlkreise der Stadt Berlin die Nachwahl zum Reichstage statt, welcher morgen schon zusammen-
tritt. Diesmal werden Sozialdemokraten, Fortschrittler und Natio-
nalliberale als Gegner im Wahlkampfe auftreten. Die Konservativen
haben keinen Kandidaten aufgestellt und wollen sich der Wahl enthal-
ten. Die „Nord. Allg. Z.“ erklärt den Standpunkt der (gemäßig-
teren) Konservativen wie folgt:

Jedenfalls, da es sich gegenwärtig nur um einen Partei-
kampf handelt, in welchem die nationalliberale Partei sich auf eigene Gefahr
und ohne alle Rücksicht auf eine Verständigung mit den konservativen
Elementen der Bevölkerung eingelassen hat, darf sie keinen Anspruch
auf Unterstützung von dieser Seite erheben.

Die Dinge liegen durchaus anders als damals, wo wir es für
eine konservative Pflicht erklärten, für Herrn v. Förlde zu stimmen, obwohl er ein Liberaler ist, und obwohl die
nationalliberale Partei mit vornehmer Zornung der konservativen
Anstrengungen darauf bestand, Herrn v. Förlde als ihren
Kandidaten zu proklamieren. Die damalige Situation gab der Kandi-
datur des Herrn v. Förlde eine ganz besondere Bedeutung, und
wir haben derselben in vollem Maße Rechnung getragen.

Die bevorstehende Nachwahl trägt ganz entschieden nur den
Charakter einer Parteioberwindung, und wir müssen allerdings den Ein-
wand geltend machen: daß es nicht Aufgabe der konservativen Partei
sein könne, einer der liberalen Gruppen gegen die andere beizustehen.
Es wird eben die Sache der einzelnen Wähler sein, mit sich zu Rathe
zu gehen, ob ihnen der fortschrittliche oder der nationalliberale Kan-
didat persönlicher mehr Vertrauen einflößt. Die Wähler werden
auch um so mehr ein Recht haben, hierbei ganz frei ihrem persönli-
chen Urtheil zu folgen, als die künftige Physiognomie des Reichstages
bereits im Gepräge erhalten hat, an welchem eine vereinzelte Nach-
wahl flüchtig nichts mehr ändern kann.

Dieselbe Lage, welche hier die Konservativen von der Farbe der
„Nord. Allg. Z.“ über die Nationalliberalen erheben, wird von den
Nationalliberalen gegenüber der Fortschrittspartei geltend gemacht,
daß das Verlangen, einen anderen Kandidaten als Herrn v. Sauten-
Tarpitschen aufzustellen, und damit die Unterstützung der National-
liberalen schroff zurückgewiesen hat. Der Ausfall der Wahl wird
also deutlich die Stärke der drei kämpfenden Parteien zeigen.

Die beiden Hauptgegner, Fortschrittspartei und Sozialdemokratie
haben die eifrigsten Anstrengungen gemacht, um den Sieg der
eigenen Partei zu sichern, und bezeichnend für die Situation ist es,
daß beide Parteien den Nothstand zum Agitationsmittel benutzten.
Die Sozialdemokraten haben nicht weniger als 15 Wahlversammlun-
gen abgehalten (vgl. unsere Berliner Korrespondenz), während
die Fortschrittspartei ihre Anhänger im Saale der „Urania“ ver-
sammelte, wo das Auftreten des Dr. Max Hirsch und seine Resolu-
tionen erkennen ließen, daß es sich hauptsächlich darum handelte, die Ar-
beiter mit Hilfe der Gewerksvereine einzufangen. Der Verlauf dieser
Versammlung hat dazu beigetragen, den Riß zwischen Fortschrittlern und
Nationalliberalen noch zu vertiefen. Die „Nat.-Ztg.“ schrieb am
Tage nach jener Versammlung:

Wir sind dahin gelangt, daß Treiben von Seiten der Sozialde-
mokratie als ein gegebenes Uebel anzunehmen; mit tiefstem Bedauern
muß aber konstatirt werden, daß die Fortschrittspartei in
ihren Berliner Führern auf den gleichen verhängnisvollen
Weg ablenkt. Die bevorstehende Reichstagswahl hat jedenfalls den
letzten Drücker auf Beschlässe gelegt, welche eine Fortschrittsver-
sammlung gefaßt und die an Unverstand den sozialdemokratischen
Beschlässen sehr wenig vorausgeben haben.

Ob die Fortschrittspartei sich schände gegen die Nationalliberalen
genommen hat, oder diese „frivol“ handeln, wie ein hiesiges Blatt
sich ausdrückt, daß sie nicht mit Unterwürfigkeit aus den Händen der
Fortschrittler ihren Kandidaten empfangen — das ist bereits ganz
gleichgültig geworden. In einem demagogischen Treiben, wie es jene
„Urania“-Versammlung enthielt, kann die nationalliberale Partei
nicht theilnehmen und wenn sie selbst ein Wahlbündniß mit den Fort-
schrittspolitikern geschlossen hätte — nach solchen Vorgängen müßte sie
sich davon zurückziehen. Ob nun wenige oder viele im dritten Reichs-
tagswahlkreise kommenden Mittwoch für Dr. Burg stimmen wer-
den, jede Stimme, die für diesen Kandidaten fällt, wird ein Pro-
test gegen ein Demagogenthum sein, das sich in unheil-
verbreitender Weise in Berlin zur Geltung bringt.

Noch bedeutsamer ist, daß die „Urania“-Versammlung, welche
am letzten Sonntage stattfand, augerachtet noch einen Riß in die
Fortschrittspartei selbst gebracht hat. Die „Vossische Ztg.“, welche
das fortschrittliche Bürgerthum Berlins repräsentirt, spricht in dem
Leitartikel ihrer Dienstag-Nummer ihre volle Mißbilligung über die
Versammlung der Parteigenossen aus. Sie schreibt:

Während Berlin mit den angeführten Proben (einem
Wahlaufruf der Sozialdemokraten) zur Wahl des dritten Sozialdemo-
kraten eingeladen wird, hat sich ein verkappter in dem Abgeordneten
des zweiten Wahlkreises offenbart. Die Leser finden unten einen
Bericht über eine Versammlung der Gewerksvereine, welche deren An-
walt, Dr. Max Hirsch, am Sonntag in die „Urania“ berufen hatte.
Auch Dr. Hirsch kommt, wie die Sozialdemokraten, mit den Klagen
über das Aktengesetz zu spät. Hätte er seine Sonntagsrede vor den
Wählern gehalten, so ist es sehr fraglich, ob er auch nur die paar
hundert Stimmen bekommen würde, welche ihm die Mehrheit
verschafft haben. Wir sind davon wenig überrascht, denn bei den
Wahlen vor drei Jahren haben wir dem Publikum schon die soziali-
stischen Tendenzen des Programms der Gewerksvereine denmüth-
lich Mal haben sie es bis nach der Wahl in der Tasche behalten
und uns fehlte der Angriffspunkt. Jenes Programm ist nun auf
die heutige Zeit zugefügt, und zwar in einer so aller Vernunft baren
Weise, daß man gar nicht weiß, wo und wie man den Unsinns zu
überlegen anfangen soll. Dr. Hirsch kann es in jedem Punkt mit
den Sozialdemokraten aufnehmen, aber er ist schlimmer, weil er sich
den Wählern nicht in seiner wahren Gestalt zeigt, weil er sie wissen-
lich am Sonntag durch ihr Erscheinen Relief gegeben haben, sind
wahrscheinlich durch das Aushängeschild der Gewerksvereine dazu ver-
leitet. Ihre Sympathie für diese Vereine theilen wir, bedauern aber,

daß sie durch einen Anwalt wie Dr. Hirsch verdorben sind. Halten
sie ihren Anwalt, so muß sich die Fortschrittspartei von dieser Art
der Genossenschaften zurückziehen, die auf einem Umwege dahin ge-
kommen sind, von dem sie nach ihrer Bestimmung eben ablenken
sollten.

Dieser Zwiespalt zwischen fortschrittlichem Bürgerthum und fort-
schrittlichen Sozialisten hat in den Lagern der anderen Parteien große
Freude erregt. „Sie liegen sich in den Haaren, die Herren von der
Fortschrittspartei, und zwar am Tage vor der Wahl“, beginnt die
„Voss.“ ihren neuesten Leitartikel und sucht darzutun, daß die Ansicht
der „Voss.“ als bester zwischen Herrn Dr. Max Hirsch und den
übrigen Herren der Fortschrittspartei, welche in jener Versammlung
anwesend waren, noch ein Unterschied, nur „Heuchelei“ sei. Das frei-
konservative Blatt schreibt:

Wir haben in keinem Berichte über die Versammlung entdecken
können, daß diese Herren: Franz Dunder, v. Sauten-Tarpitschen,
Ebertz gegen die sozialdemokratischen Resolutionen dieser Versammlung
protestirt hätten. Herr Franz Dunder hat sich wirklich dazu her-
gegeben, sich mit Herrn Dr. Max Hirsch zu identifiziren und Herr
v. Sauten-Tarpitschen hat das gewiß schwere persönliche Opfer
gebracht, sich demüthig dem radikalen Unsinns zu beugen, den er in
seiner ganzen Zämmlichkeit durchschaut, wenn er nur eine Scholle
Landes besitzt. Und daß er ihn durchschaut, hat er durch den
schwachen Protest gegen die „wirrkame Parzellirung der Domänen“
bewiesen, welchen er wahrscheinlich in der Erinnerung an die Land-
leute, zu denen er ja gehört, erhoben hat.

Die „National-Ztg.“ giebt ihrer „aufrichtigen Befriedigung dar-
über Ausdruck, daß die „Voss. Ztg.“ ein kräftiges und entschiedenes
Wort gegen die Vorgänge in der „Urania“ gefunden hat.“ „Aber,
fügt sie hinzu:

Aber wir müssen es gewiß mit der Mehrheit der Berliner Wäh-
lerschaft tief beklagen, daß die „Voss. Ztg.“ nicht schon in der Wahl-
periode den Dr. Max Hirsch so charakterisirt, wie sie es heute thut,
indem sie ihn „schlimmer als einen Sozialdemokraten“ bezeichnet. Es
hätte gar keine Rede des Herrn Hirsch im Stile der Uraniaver-
sammlung, es hätte nur des Widerspruchs der in vielen Berliner
Kreisen so einflussreichen „Voss. Ztg.“ bedurft, um die Kandidatur
Hirsch von vornherein unmöglich zu machen. Wir können es weiter
nicht verstehen, wie die „Voss. Ztg.“ die Augen von ihrem eigenen
Berichte über die Uraniaversammlung abwendet, wo wir das Fol-
gende lesen:

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage
(des Dr. Max Hirsch) ergriff zunächst der Abg. v. Sauten-Tarpits-
chen das Wort, um im Wesentlichen seine Uebereinstimmung mit der
vorliegenden Resolution auszusprechen. Die Arbeiter in den Gewerks-
vereinen mögen wie bisher fortfahren, auf die reibliche Arbeit werde
der gebührende Lohn folgen.“

Herr v. Sauten-Tarpitschen erklärt „im Wesentlichen seine
Uebereinstimmung mit der vorliegenden Resolution“ und die „Voss.
Ztg.“ erklärt jenes Programm, das jedenfalls die Resolution ein-
schließt als aller Vernunft so bar, „daß man gar nicht weiß, wo und
wie man den Unsinns zu widerlegen anfangen soll“. Nichtsdestoweniger
versteht die „Voss. Ztg.“ die Kandidatur eben dieses Herrn von
Sauten-Tarpitschen im dritten Berliner Wahlkreise. Diese Kandidatur
der sich die Hirsch'schen Resolutionen „im Wesentlichen“ an-
geeknet hat, und den die Kritik der „Voss. Ztg.“ daher „im Wesent-
lichen“ kennzeichnet, wird unsere Kollegin später nicht nachsagen kön-
nen, „daß er sich den Wählern nicht in seiner wahren Gestalt gezeigt,
daß er sie wesentlich getäuscht hat“. Ueber die Bedeutung der Kan-
didatur Sauten-Tarpitschen kann nach den Vorgängen in der
„Urania“ sich nur noch täuschen, wer sich eben täuschen will.

Durch den Zwischenfall innerhalb der Fortschrittspartei gewinnt
die Berliner Wahl eine erhöhte Bedeutung. Wie die Verhältnisse lie-
gen, ist die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen, daß auch die
heutige Wahl keine absolute Majorität ergiebt, und der Wahlbezirk
noch ein viertes Mal zur Wahl gerufen wird, wobei es sich leicht er-
eignen könnte, daß die Fortschrittspartei an die Hilfe der vorher ab-
gewiesenen Nationalliberalen appellirt.

Deutschland.

△ Berlin, 20. Februar. Heute gelangte der Militäretat im
Bundesrath zur Vertheilung, und es sind somit alle Spezial-
Etats zur Vorlage gelangt und zum großen Theil auch schon ange-
nommen worden. Auch der Gesamt-Etat des Reiches liegt bereits
vor, so daß die Einbringung desselben unmittelbar nach der Konsti-
tuirung des Reichstages, die wohl bis Montag erfolgen wird, statt-
finden kann. — Unter den Vorlagen, die sofort an den Reichstag ge-
langt werden, befinden sich auch die wiederholt vorzulegenden Ent-
würfe über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches und über den
Reichsrechnungsbuch. Hoffentlich werden dieselben, nachdem sie schon
so oft eingebracht worden sind, jetzt zum legislativen Abschluß gelan-
gen. Eine fernere Vorlage, die voraussichtlich bald erfolgen wird, ist
die über den Sitz des Reichsgerichts. Allerdings hat gestern aber-
mals die Beschlusssammlung im Bundesrath darüber ausgesetzt werden
müssen, weil verschiedene Bevollmächtigte noch definitive Instrukti-
onen von ihren Regierungen einholen wollten; man erwartet jedoch,
daß sich der Bundesrath, wenn auch nur mit geringer Majorität für
Berlin entscheiden wird. — Von Seiten Bremens ist beim Bundes-
rath der Antrag gestellt worden, die Meldepflicht der Führer
deutscher Rauffahrtsschiffe bei den Reichskonkurs durch ein Gesetz
zu regeln.

△ Berlin, 20. Febr. Die Sozialisten haben ihre sämtlichen
Agitationskräfte auf den 3. Berliner Wahlkreis für die
Mittwoch bevorstehende Nachwahl zusammengezogen. Seit vor-
gegnen haben sie in diesem Wahlkreis nicht weniger als 15 öffentliche
Wählerversammlungen abgehalten. Die Agitation nimmt den in
Berlin in erheblichem Umfange von Woche zu Woche sich steigenden
Nothstand ausschließlich zur Unterlage. Natürlich haben die Libera-
len denselben verschuldet. Die Sozialisten operiren hier genau mit

denselben Phrasen wie die Konservativen auf dem Lande — nur daß
statt dort des Landraths oder Baron v. K. in Berlin Herr Radow
— der seit der letzten Wahl bereits vom Privatsekretär oder Buch-
halter zum Buchhändler emporgerückt ist — die Sache wieder in
Ordnung zu bringen berufen erscheint. Das Ergebnis der Wahl ist
durchaus nicht ungewisshast. Andererseits unterliegt die Ungül-
tigkeit der Wahl des im 6. Berliner Reichstagswahl-
kreises mit 21 Stimmen über die Majorität gewählten Sozial-
isten Hasenclever schon nach Einsicht der Wahlakten keinem
Zweifel. Durch Versehen ist eine Wählerliste mit 85 Namen in ein
falsches Wahllokal gerathen und sind dadurch die Wähler dieser Liste,
als sie in dem Lokal erschienen, in welches sie durch amtliche Be-
kannmachung berufen waren, an der Ausübung ihres Wahlrechts be-
hindert worden. Ein Protest, worin auch die betreffenden Wahlvor-
steher dies bezeugen, ist dem Reichstage eingereicht. — Es ist zu
hoffen, daß die verschiedenen öffentlichen Kundgebungen zu
zur Nothstandfrage wenigstens das Gute zur Folge haben,
die Berliner Geheimräthe in eine etwas beschleunigtere Gangart zu
bringen. *) Der Bureauauschleudrer hat es in erheblichem Umfange,
als bisher dargelegt worden ist, verschuldet, daß längst beschlossene
Bauausführungen gerade jetzt, wo die Materialpreise so niedrig
sind, nicht in vollem Umfange in der Ausführung begriffen sind. Die
Lokalbauten Berlins — Stadtbahn, Arbeitshaus, Irrenhaus, Ver-
bindungsbahn, Stadtgericht, Gefängnis etc. — leiden ganz besonders
noch unter den Reibungen der zahlreichen an der Entscheidung theil-
nehmenden Instanzen. Eine an das Staatsministerium gerichtete
Petition des Berliner Baumarcktes (Vereinigung der Arbeitgeber in
den Baugewerben) kennzeichnet den großen Umfang der noch rückstän-
digen öffentlichen Bauten. Während der milde Winter die Ausfüh-
rung manches Privatbauprojekts beschleunigt und dadurch die Bau-
thätigkeit noch einigermaßen rege erhalten hat, haben wir nach dieser
Petition nächsten Frühjahr und Sommer eine grell kontrastirende
Unthätigkeit auf dem Gebiet des Privatbauwesens in Berlin zu er-
warten. — Während die Theilung der Provinz Preu-
ßen bei Gelegenheit der Provinzialordnung am 8. April 1875 mit
80 Stimmen Mehrheit abgelehnt wurde, ist sie heute mit 40 Stim-
men Mehrheit angenommen worden. Damals war der Minister
gegen, heute war er für die Theilung. Während nach der Theilung
der Provinzialverwaltung von Ostpreußen ein wesentlich fortschrit-
tlicher Charakter gesichert bleibt, erscheint es zweifelhaft, ob West-
preußen für sich allein auch nur eine liberale Mehrheit haben wird. **)

— Gespannt darf man darauf sein, ob das Abgeordnetenhaus Ende
dieser Woche den ablehnenden Beschluß seiner Budgetkommission in
Betreff der Bahn Berlin-Dresden bestätigen wird. Eine
ablehnende Mehrheit ist nur vorhanden, wenn mit Fortschrittspartei
und Zentrum noch mindestens 50 Nationalliberale und Konservative
stimmen. Hinter der Vorlage steht insbesondere Bismarck und der
Präsident des Reichseisenbahnamtes Maybach. Bismarck soll beab-
sichtigen, dem Letzteren die vakante Stelle eines Unterstaatssekretärs
bei Aachen zu geben. Da im Ressort der Reichsverwaltung für
das Reichseisenbahnprojekt vorläufig nichts zu machen ist, soll May-
bach, so meint man, den Hebel abgeben, um den Einfluß der preußi-
schen Verwaltung für jenes Projekt vorbereitend überall wirksam zu
machen. Berlin-Dresden bildet die erste Etappe in dieser Rich-
tung.

— Leopold v. Ranke, der berühmte Gelehrte, feierte heute (20 d.)
wie schon neulich erwähnt, sein sechszigjähriges Doktorju-
biläum. Der 81jährige würdige Greis empfing im Laufe des Vor-
mittags den Besuch des Kronprinzen und nahm die Glückwünsche der
Universität und der Akademie der Wissenschaften entgegen. Der Kul-
tusminister Dr. Falk erschien in Begleitung des Geh. Rath Göppert
und überreichte dem Jubilar, wie die „N. Z.“ meldet, im Auftrage
des Kaisers den Kronen-Orden erster Klasse. Es mag hierbei be-
merkt werden, daß eine so hohe Auszeichnung zum ersten Male einem
Gelehrten zu Theil wird. Das Festmahl zu Ehren des Jubilars fand
Nachmittags 5 Uhr in den Sälen des Architektenhauses statt. Die
Professoren v. Seydel und Wattenbach hielten den Jubilar aus seiner
Wohnung ab. Bei der Tafel brachten Trinksprüche aus der Rektor
der Universität, Prof. Bardeleben, auf den Kaiser, der präsidirende
Sekretär der Akademie der Wissenschaften, Prof. Mommsen, auf den
Jubilar als Gelehrten, der Kultusminister Dr. Falk auf die Univer-
sität, der Prof. Watz als Senior der Schüler Ranke's auf den Ju-
bilar als Lehrer u. s. w. Die Gelehrtenkreise Berlins haben sich sehr
zahlreich bei dem Festmahl betheiligt. — Die „N. A. Z.“ widmet dem
Tage folgenden schwungvollen Artikel:

Der zwanzigste Februar beruft die deutsche Wissenschaft zur Theil-
nahme an einem hohen und weisevollen Festtage: Leopold v. Ranke
begeht die sechszigjährige Jubelfeier seines Wirkens als Gelehrter und
Lehrer. Wenn, der sich zu den Gebildeten der Nation rechnet, wäre
Ranke's Name unbekannt geblieben, wer wies nicht mit freudigem
Stolz auf den greisen Geschichtsforscher als eine der hellstehenden
Zierden in der Geistesaristokratie deutscher Hochschulen. Seine
„Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation“ nicht minder wie
seine „Neun Bücher preussischer Geschichte“, um nur die bekanntesten
Werke aus der Fülle seiner Schriften herauszugreifen, haben den Na-

*) Herr v. Sauten-Tarpitschen geht vielleicht noch weiter und
sagt: „Der Nothstand selbst kann wenigstens das Gute zur Folge
haben, daß die Berliner Wähler zahlreich an der Wahlurne er-
scheinen.“ Auf der schiefen Ebene kommen die Herren, welche mit Dr.
Max Hirsch gehen, vielleicht noch zu ganz anderen Konsequenzen.
Red. d. Posener Ztg.

**) Dies scheint der einzige Grund gewesen zu sein, aus welchem
die Fortschrittspartei gegen die Vorlage gestimmt hat. — Red. der
Posener Ztg.

men Leopold v. Ranke's nicht nur in den Annalen gelehrter Forschung unsterblich gemacht, sondern auch im Herzen des Volkes, an dessen geistiger Wiedergeburt der Jubilar hervorragenden und seiner ganzen Tragweite nach noch lange nicht hinreichend gewürdigten Antheil hat. Dem ruhmvollen Historiographen Preußens, dem treuen Sohne seines großen Gesamt Vaterlandes ist es vergönnt worden, am Abende eines in ernster Arbeit, in unausgesetzter Anspannung aller eifigen Kräfte verfloffenen Lebens dem gewaltigen Schicksale jenes geschichtlichen Werdepunktes beizuwohnen, der Deutschlands Fürsten und Völker zur Wiederherstellung der alten Reichsherrschaft rief, und das erhebende Bewußtsein in sich zu tragen, daß auch er einer von den Männern sei, welche das geistige Nützengeschmiedeten, das Deutschland zur Erfüllung seiner hohen Aufgaben befähigte. In dankbarer Verehrung drückt darum Deutschland den Lorbeerkrantz des Verdienstes auf die Stirn seines greisen Gelehrten und die heutige Festfeier in den Räumen des Architektenhauses findet ihr tausendfaches Echo in allen deutschen Gauen. Möge der Jubilar seiner Wissenschaft und seinem Volke noch lange Jahre erhalten bleiben!

Oesterreich.

Die schwere innere Krisis in Oesterreich-Ungarn soll glücklich überstanden sein. Wie aus Wien telegraphisch gemeldet wird, haben die Verhandlungen über die Bankfrage zu einem Resultat geführt und es erübrigt nur noch von den Landesvertretungen beider Hälften die Zustimmung zu den Abmachungen zu erlangen. Wie das neue Statut nun gestaltet sein mag, darüber liegen nähere Nachrichten noch nicht vor. So viel man hört haben den ungarischen Minister in der Frage der Dotierung und des Wirkungskreises der Direktion sich entgegenkommend gezeigt. Bezüglich der Hauptdifferenz, der Frage der Parität, wurde ein Vermittelungsvorschlag akzeptiert. Es wurde nämlich das Prinzip angenommen, daß die von der Generalversammlung frei gewählten Generalräthe stets den von der Regierung in Vorschlag gebrachten gegenüber sich in der Majorität befinden müssen. Es wurde also, da der Generalrath aus fünfzehn Mitgliedern bestehen soll, vereinbart, daß 8 derselben von der Generalversammlung frei und daß je zwei Mitglieder nach dem Ternaufschlage der beiderseitigen Direktoren gewählt werden. Demzufolge würde der Generalrath bestehen aus acht frei gewählten, vier von den beiderseitigen Direktoren vorgeschlagenen Mitgliedern, zwei Direktoren und einem Gouverneur. Zu erwähnen ist nur noch, daß in der Texturierung des die Wahl des Generalrathes betreffenden Paragraphen der Ausdruck „österreichisch-ungarischer Staatsbürger“ vollkommen vermieden wird. Es würde demnach dem ungarischen Direktor freistehen, zwei österreichische Staatsbürger, und umgekehrt, wieder dem österreichischen Direktor zwei ungarische Staatsbürger in Vorschlag zu bringen. Auf diese Weise hat man die politischen Klippen zu umschiffen gesucht und die delikate Frage in eine Form gekleidet, welche es der ungarischen Regierung nunmehr möglich macht, die definitiven Vereinbarungen zu treffen, ohne „die Ehre der Nation zu schädigen.“

Neben der Spannung, mit welcher man diesem Abschluß des Ausgleiches, dem recht eigentlichen Schmerzenskinde Oesterreichs, entgegen sah, hat die am 9. im Herrenhause Eisleithaniens eröffnete Debatte über die Ehegesetznovelle nur ein sekundäres Interesse. Dieser von dem Dr. Kopp vor bald zwei Jahren im Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzesentwurf bezweckt die Abänderung des jetzt bestehenden Ehegesetzes im freirechtlichen Sinne, indem namentlich die bisher unübersteiglichen konfessionellen Schranken der Eheschließung fortgeräumt und die Härten in Bezug auf Ehescheidung u. gemildert werden sollen. Die Aushebung der religiösen Ehehindernisse, die Mißbehagen sind namentlich wichtige Streitpunkte zwischen der liberalen und ultramontanen Partei geworden. Das Herrenhaus hatte bereits das Seine gethan, um die Novelle wo möglich schon vor der Geburt zu erstickend; fast zwei Jahre lag das aus dem Abgeordnetenhaus herübergekommene Gesetz in den Bureau des Hauses begraben und jetzt, aus Tageslicht gelangt, ist es durch die Beschlüsse des konfessionellen Ausschusses fast bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Namentlich ist die Zulässigkeit von Ehen zwischen Christen und Nicht-Christen daraus beseitigt worden. Die heftige Opposition im Hause besteht der Hauptsache nach aus Ultramontanen. An der Spitze der

letzteren steht der Fürstbischof von Wien, Dr. Ruffner, neben ihm kämpfen die Erzbischöfe von Prag und Salzburg. Die zweitägige, sehr leidenschaftliche Debatte endete schließlich damit, daß mit 57 gegen 33 Stimmen nicht das Gesetz, sondern die motivirte Tagesordnung angenommen wurde. Die Bischöfe stimmten für die letztere, dagegen enthielten sich die Minister der Stimmabgabe. Die Ultramontanen haben gesiegt und die Sache bleibt beim Alten.

Rußland und Polen.

K=M. Warschau, 20. Februar. [Die militärischen Vorbereitungen. Urtheil der Presse über die Haltung der auswärtigen Mächte und über Disraelis Paralamentsreden. Die sanitären Zustände im Lande. Der Pferdebestand in Rußland.] Noch ist bis zur Stunde nichts geschehen, um die aktive Armee durch einen Nachschub zu ergänzen, oder, wie ebenfalls verlautete, eine Reserve-Armee aufzustellen. Dem Anscheine nach ist dieses Projekt einer so kostspieligen weiteren Machtenhaltung nur aufgestellt gewesen im Hinblick auf etwaige ungünstige Ergebnisse der post Persischen diplomatischen Campagne und scheint auch angesichts des negativen Resultates der letzten Note wieder vertagt und der Erwägung von Fall zu Fall anheimgestellt zu sein. In militärischen Kreisen gilt überhaupt das Bedürfnis weiterer Verstärkung der am Pruth konzentrirten Massen zur Zeit noch nicht für erwiesen. Man ist vielmehr der Ansicht, daß die vorhandenen Streitkräfte im Hinblick auf ihre militärische Ausbildung, Disziplin und Ausrüstung selbst gegen eine Ueberzahl des türkischen nicht homogenen, schlecht bewaffneten und befehligten Aufgebotes den Erfolg verbürge, sobald eine geschickte Diplomatie für die strategische Flankenbedeckung der Armee zu sorgen wisse. — Keinenfalls also ist, wie man verbreitet hat, die Unfertigkeit der militärischen Vorbereitung die Ursache der bisherigen Zurückhaltung Rußlands. Auch die Rücksicht auf die auswärtige Lage hat aufgehört, als eine solche zu gelten, seit es feststeht, daß — vorläufig wenigstens — die Mächte einer Aktion nicht entgegenzutreten wollen. Ein Theil unserer Presse freilich glaubt lieber an das Unvermögen einiger Mächte, als an deren guten Willen, „Nowoje Wr.“ z. B. hält England zur Zeit für gelähmt, nicht materiell, aber gewissermaßen durch sich selbst und inneren Zwiespalt. Die Regierung, gestützt auf die Törns und die Souverainin, halte fest an der alt-englischen orientalischen Tradition, während das Land in seiner Majorität die Wege derselben zu verlassen wünsche. Nur die gänzliche Enthaltung von allen Schritten pro oder contra könne daher Nichtstun sein und diese bedeute de facto eine Lähmung. Oesterreich sei in seinen Zielen und Neigungen minder unklar, aber zur Zeit durch Einflüsse aus Berlin sehr bestimmbare und für Rußland ungefährlich, so lange diese sich ihm günstig erwiesen. — Die Kommentare, welche Disraelis neueste Paralamentsreden in der russischen Presse finden, lauten alle recht ungünstig für den edlen Lord. Das „Journ. de St. Petersb.“ zeigt ihn des Mangels an Logik, wenn nicht eines Schlimmeren, falls er die Entscheidung über Krieg und Frieden lediglich dem Czaren zuschiebe, in einem Augenblicke, da er von der Note Gortschakoff's schon Kenntniß habe, in welcher es dieser dem Rathe der Mächte überläßt, die Entscheidung zu fällen. Nicht Rußland wolle den Krieg, sondern die Pforte. — Die hygienische Gesellschaft giebt nicht gerade ein erfreuliches Bild über die sanitären Zustände Rußlands. Im Süden grassirt eine durch ihre Stärke sehr merkwürdige Diphtheritis mit 50–60 pCt. Todesfällen, im Norden und Westen ist der Typhus einheimisch geworden, im Osten, bis namentlich nach Sibirien hinein, verheeren die Blattern ganze Landstriche und last not least, unter der Landbevölkerung aller Himmelsstriche macht die Syphilis ihren unheimlichen Rundgang. Unweit Perm hat auch eine andere furchtbare Krankheit ihr dauerndes Heim. Etwa 8 Meilen von der Landstraße ab befindet sich eine völlig abgeschlossene, von der Bevölkerung ängstlich gemiedene Juden-Kolonie, deren Bewohner von dem schrecklichen Erbäl des Aussages (Cepra Arabum) befallen sind, eine Seuche, welche schon den Alten bekannt war (das Zazaath bei Moses). — Dabei sind die Maßregeln und Mittel für Abhilfe noch recht be-

schränkt, es fehlt an Geld, Aerzten, Pflegern und wissenschaftlichen, statistischen Unterlagen. Es sind nach dem „R.-Zn.“ nur 77 (2) Hospitäler mit 25,469 Betten vorhanden. In diesen fanden 1876 183,025 Kranke Aufnahme. Die Unterhaltungskosten derselben beliefen sich auf 4,393,130 Rubel. — Die Gesamtzahl der Pferde in Rußland beträgt mehr als 19,000,000 Stück. Hieron entfallen 12 Millionen auf das europ. Rußland. In Polen sind nur 612,530, in Finland nur 261,000. Staatsgestütze sind 44 vorhanden, aber nur in den südlichen und östlichen Provinzen. Privatgestütze dagegen zählt man 2650. Am besten versehen ist in dieser Beziehung das Gouvernement Tambow (421), wogegen Nowogrod nur 1 Gestüt besitzt. Die Zahl aller in diesen Anstalten vorhandenen Zuchtthiere ist 7151 Stengle, 77,676 Stuten. Von den letzteren sind allein im Bezirk des Don 26,734 vorhanden.

Vom Landtage.

26. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Abendigung.

Berlin, 20. Febr. Am Ministertische Dr. Friedenthal, Geh. Rath Grandt, Boffe u. A. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Verabreichung der Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 22. Juli 1876 betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Frühjahr 1876 herbeigeführten Verheerungen und gemeingefährlichen Zustände. Der Bericht wird durch Kenntnismahme für erledigt erklärt.

Es folgt die erste Verabreichung des Nachtrages zum Staatshaushaltsetat für 1877–1878, in welchem bei der allgemeinen Finanzverwaltung 300,000 Mk. in Einnahmen und für Stromverbesserungen der Weichsel bei Abmündung der Mogat 300,000 Mk. im Extraordinarium in Ausgabe gestellt sind. Die 2. Verabreichung wird im Plenum statuiert.

Ohne Debatte wird der Vertrag zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen wegen der künftigen Unterhaltung der Schiffsfahrtszeichen auf der Unterweyer und wegen Ausführung und Unterhaltung der zur Erhaltung der Insel Wangerooge erforderlichen Strandschutzwerke in zweiter Lesung in allen Artikel angenommen.

Darauf wird die zweite Verabreichung des Etats, und zwar des Kultusetats fortgesetzt. Kap. 128 enthält die Ausgaben für das Medizinalwesen.

Zu Tit. 2: Kreis- und Bezirksphysiker bemängelt Abg. Wachler (Schweidnitz) das geringe Gehalt der Kreisphysiker, welches ihrer umfassenden und bedeutenden Berufstätigkeit nicht entspreche, es empfehle sich vielmehr, die Kreiswundärzstellen ausgeben zu lassen und die dadurch disponibel gewordenen Gehälter den Kreisphysikern zuzuwenden, ihnen ferner Wohnungsgelddarlehen und Pensionen-Berechtigung zuzuwenden. Ohne solche Verbesserungen sei es nicht möglich, eine gute Gesundheitspflege durchzuführen.

Geh. Rath Boffe erklärt, daß die Regierung schon gearbeitet für Reformen auf diesem Gebiete gemacht habe und in nächster Zeit einen darauf bezüglichen Gesetzesentwurf vorzulegen gedenke.

Abg. Dr. Thilenius bedauert, daß es den Aerzten nicht möglich sei, ihrerseits die Errungenschaften der Wissenschaft dem Volke nutzbar zu machen. Der Reform des Medizinalwesens mögen sich manche Schwierigkeiten entgegenstellen, aber es sind doch kleinere Staaten, wie Baden, Sachsen, Bayern und Hessen mit beschleunigten Beispielen dem großen Staate Preußen vorgegangen. Die ärztlichen Vereine des Rhein- und Mainlandes und Nassaus haben sich selbstständig organisiert und werden an die Staatsregierung den Antrag stellen, die Bezirksregierung in Wiesbaden zu ermächtigen, mit ihnen Verbindung zu treten; die Regierung möge diese dargebotene Hand nicht zurückweisen.

Geh. Rath Boffe bemerkt, daß die Reform des Medizinalwesens nicht deshalb verzögert werde, weil man sie unterschätze, sondern gerade wegen der Würdigung der großen Wichtigkeit dieser Angelegenheit, die in Uebereinstimmung mit der Selbstverwaltung geordnet werden muß.

Abg. von Meyer (Arnswalde) will von einer neuen Reform des Medizinalwesens nichts wissen, namentlich so lange nicht ein bestimmter Plan vorliegt. Unter den Kreisphysikern gebe es eine große Menge blauer Theoretiker, die ohne Rücksicht auf praktische Verhältnisse wieder eine ganze Anzahl neuer polizeilicher Einrichtungen im Leben rufen würden. Schon jetzt sei die Menge der Neuerungen so groß, daß man nervenschwach werden müsse. Die Aufhebung der

willig verworthen, einzelne musikalische Schlaglichter aufzuheben. Der Theaterzettel hat zu Ehren des Benefizianten die einzelnen Nummern sehr genau katalogisirt und so eine stattliche Reihe von 14 einzelnen Piecen herausgebracht, von denen freilich manche das bescheidene Maß einiger Takte nicht überschreiten. Die Musik tritt nirgendwo präventios auf, sucht den jeweiligen Moment passend zu illustriren, ist flüchtig und sucht den erotischen Charakter stellenweise durch pikareske und ungarische Anklänge zu kennzeichnen. In breiterem Rahmen hält sich natürlich die Ouverture, von den späteren Nummern vornehmlich das Präludium zum 4. Akte an. Die Kapelle, zahlreich verstärkt, war ein williges Werkzeug in der Hand ihres Dirigenten.

* Unsere Damen — schreibt die „Trib.“ aus Berlin — suchen mit steigendem Muthe in die Bewegungen der Zeit einzugreifen. Ist neuerdings, wie wir aus guter Hand erfahren, aus den Kreisen des zarten Geschlechts zur Lösung einer interessanten Seite der Frauenfrage ein wichtiger Vorschlag hervorgegangen, welcher allerdings weniger durch die Neuheit der Idee, als durch die Stelle, an welcher er adressirt worden ist, beachtenswerth erscheint. Allen Ernstes hat „eine getreue Unterthanin“ bei Sr. Majestät dem Kaiser den Antrag gestellt, ein Amazonen-Regiment zu bilden und dasselbe alsbald nach der Türkei zu senden, damit zu Gunsten der zurückgebliebenen jungen Damen ein Ausgleich des durch die letzten Kriege herbeigeführt werde (!)

* Leipzig, 16. Febr. Wie bekannt, ist hier vor Kurzem Buchhändler Salomon Hirzel gestorben. In einem Nachruf „D. N. Z.“ heißt es u. A.: „Ein Augenleiden hatte ihn nach Leipzig geführt; die Operation war gelungen, aber eine nachfolgende Entzündung brachte die traurige Wendung hervor. Hirzel war nicht nur unter den Bürgern Leipzigs der erste, dessen Name ist in ganz Deutschland und über die deutschen Grenzen hinaus als einer der geachteten Buchhändlernamen bekannt. Und eine „stille Gemeinde“ verliert in ihm ein hochverehrtes Mitglied. Wir meinen die Gemeinde der Göthe-Forscher und -Kenner, die geistigen Thätigkeit so überaus viel verdankt. Um diese und den Verfall seiner besonders auf philologische Gebiete ausgeübten Thätigkeit unternehmungen zu ehren, ernannte ihn die philosophische Fakultät der hiesigen Universität im Jahre 1865 zum Doktor der Philosophie. Salomon Hirzel wurde am 13. Februar 1804 in Zürich geboren, erreichte also das Alter von fast 72 Jahren. Den Kreis merkte ihm noch kaum an; frisch und emsig sah man ihn dort Morgens um 8 Uhr an der Arbeit, ein würdevolles Beispiel für seine Umgebung. (Bei Hirzel sind u. A. die meisten Werke Gustav Freytag's erschienen.)

Theater.

„Turandot, Prinzessin von China“, war von jeher und ist noch heute ein seltener Gast auf der Bühne. Das Thema ist an sich nicht uninteressant, aber die Ausführung stößt ab. Wer kann sich für eine Gestalt wie diese Turandot erwärmen, welche an der Marotte laborirt, die Männer zu hassen, ohne dafür stichhaltige Gründe zu haben! Das mag bei Gozzi, im Original, noch etwas Anderes sein, denn dort soll eben diese Marottegeheißel werden. Schiller aber nahm die Sache, seinem poetischen Naturell entsprechend, ernsthaft und schob der Heldin, um ihren Widerstand gegen die Männer doch einigermaßen zu vertiefen, ein Motiv unter, das bei Gozzi ganz fehlt. Es findet sich in den Versen:

Ich sehe durch ganz Asien das Weib
Erniedrigt und zum Sklavenjoch verdammt,
Und rächen will ich mein beleidigtes Geschlecht
An diesem stolzen Mannervolke —

Das ist ein Grund, dabei übersehen Turandot aber, daß sie sich selber weibliche Sklaven hält, unter denen sich sogar eine Königstochter befindet. Wenn sie so empört über das Sklavenjoch ist, das durch ganz Asien dem Weibe auferlegt sein soll, müßte sie füglich selbst den ersten Versuch machen, die Lage ihrer Schwestern zu bessern, statt darauf ausgehen, verliebte Thoren ihre Thorheit blühen zu lassen. Schiller hat eben durch seine ernsthafte Behandlung das „Märchen“ der phantastischen Welt entrückt, in deren Sphäre es allein genießbar ist. Im Uebrigen war diese sehr freie Bearbeitung des italienischen Originals, die zum großen Theil auf einer bereits damals vorhandenen deutschen Uebersetzung ruht, eins der vielen Experimente, welche von Schiller und Goethe auf dem weimarischen Theater ohne weitere Rücksichtnahme auf das Publikum gemacht wurden. Die beiden Dichter hatten die Absicht, ihre Bühne nach und nach mit den besten Arbeiten deutscher und ausländischer Dichter zu bereichern. Der Plan kam nur sehr unvollständig zur Ausführung, aber „Turandot“ gehört zu den in diesem Sinne gemachten Versuchen.

Daß übrigens Schiller sich über das Original klar war, ergibt sich aus einem seiner Briefe an Körner, worin es heißt: „Es ist (das Stück Gozzi's) mit dem größten Verstande komponirt, aber es fehlt ihm an einer gewissen Fülle, an poetischem Leben. Die Figuren sehen wie Marionetten aus, die am Draht bewegt werden.“ Das läßt sich trotz Schiller's Bearbeitung auch heute noch behaupten! Wie un-

gleich feiner, ja mit welcher Meisterschaft in Bezug auf psychologische Entwicklung, hat dagegen der Spanier Moreto das gleiche Thema in „Donna Diana“ behandelt! Kein Wunder, daß dieses Lustspiel auf der deutschen Bühne heimisch geworden ist, während „Turandot“ nur bei besonderen Anlässen erscheint, wie z. B. am Dienstag, wo das Stück zum Benefiz des Kapellmeisters Herrn R a i d a in Szene ging, der dazu eine besondere Musik komponirt hat.

Was die Aufführung betrifft, so könnte uns dieselbe leider nur in der Ansicht bestärken, daß unsere Bühne für derartige Sachen nicht der geeignete Ort sei. Wir haben weder die Kräfte noch die reichen Mittel dazu. „Turandot“ verlangt z. B. eine große Kompanie und brillante Ausstattung — und was in dieser Beziehung geboten wurde, vermochte doch nur bescheidenen Ansprüchen zu genügen. Auch war die Vorbereitung augenscheinlich nicht die sorgfältigste gewesen. Der Dialog floß nicht selten matt und träge dahin und besonders der Prinz von Astrachan bedurfte der im Publikum deutlich wahrgenommenen Hilfe des Souffleurs. Die Titelrolle spielte Fr. B a l m o r e mit Würde und Anstand.

Die enge Verschwisterung von Musik und Poesie auf der Bühne, hat von deren Höhepunkte als Oper bis zum bescheidenen Melodram und schließlich zur sporadischen musikalischen Verwerthung einzelner dramatischer oder lyrischer Momente herab, stets Komponisten und Musikbesessene erwünschten Anhalt zu musikalischer Bethätigung gegeben. Selbst wo die Musik mehr in zweiter Linie, als ergänzender Rahmen dienen soll, haben wir Gutes und Bestes in unserer musikalischen Literatur zu verzeichnen. Mendelssohn's Musik zum „Sommernachtsstraum“ Beethoven's „Egmont“-Musik, Schumann's „Manfred“, der verschiedensten Faust-Musiken gar nicht zu gedenken, haben vom Geist der dramatischen Handlung angeregt, oft mit das Schönste gezeitigt, was wir unseren Großmeistern im Reich der Töne zu verdanken haben.

Daneben besitzen wir die sogenannte Kapellmeister-Musik, in ihren Zielen und im guten Willen dasselbe erstrebend, aber durch ein bescheidenes Gelingen sich kennzeichnend, sogenannte Gelegenheitsmusik, ein momentanes musikalisches Bedürfnis befriedigend, für die ein guter Kapellmeister mit seinen musikalischen Fähigkeiten einzustehen hat, um einzelne Blüten an geeigneter Stelle einzuflechten. Solche Gelegenheitsmusik bietet, verlangt sogar Schiller's tragi-komisches Märchen vielfach und Herr Kapellmeister R a i d a hat sein hübsches Talent

Kreiswundärzte sei in keiner Weise zu rechtfertigen, da sie nothwendig den oft tagelang auf Reisen abwesenden Kreisphysikus vertreten müßten.

Abg. L a u e n s t e i n lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Nothwendigkeit einer durch Polizeiverordnung eingeführten obligatorischen Fleischschau, auf die Beschwerde der durch diese Einrichtung belastigten Fleischer habe jedoch der Minister die Verordnung wieder aufgehoben, indem man die amtlichen Fleischbeschauer als Gewerbetreibende betrachtete und deshalb die Beschränkung des Fleischergewerbes durch dieselben für unstatthaft erklärte. Trotz wiederholter Reklamationen der Landdrostseien sei die Ministerialverfügung aufrecht erhalten worden und dadurch die Fleischschau völlig illusorisch gemacht. Er bitte den Minister, die Angelegenheit noch einmal in reifliche Erwägung zu ziehen.

Abg. v. S c h o r l e m e r - A l t warnte davor, in der Trichinenfrage allzuweit zu gehen. Die Befähigung sei sehr groß und die Garantie, die die Maßregel gegen trichinöses Fleisch gewähre, verhältnismäßig gering. Es sei sehr schwer, eine ausreichende Zahl wirklich befähigter Fleischbeschauer zu finden; denn mehr als drei bis vier Schweine täglich zu untersuchen, sei für einen einzelnen Mann kaum möglich.

Abg. Dr. L a n g e r h a n s bestreitet die letzte Behauptung des Vorredners. Da es sich nur darum handle, einzelne Muskeln zu untersuchen, so könne man in einer Stunde eine ganze Reihe von Thieren einer sorgfältigen Prüfung unterwerfen. Es werde die Durchführung der notwendigen obligatorischen Fleischschau um so leichter durchzuführen sein, wenn die Regierung sich dem Wunsche des Abg. Thilenius folgend mit den Ärzten in Verbindung setzen wolle.

Abg. Dr. Thilenius giebt dem Abg. Meyer den Rath, seine Nervenschwäche dadurch zu kuriren, daß er sich als Landrath recht ernstlich mit der öffentlichen Gesundheitspflege seines Kreises beschäftige.

Abg. Meyer dankt dem Vorredner für den Rath, hält es aber doch für bedenklich, die Kreisphysiker mit hohem Gehalt zu besolden, bloß damit sie die Aborte untersuchen. Die Untersuchung der Schweine auf Trichinen sei eine reine Chikane und lasse sich namentlich auf dem Lande gar nicht durchführen. Mindestens müßten von den Bauern ihr als trichinös befundenes Schwein aus öffentlichen Mitteln bezahlet, denn sonst würden sie das Fleisch trotz aller Verbote genießen, da sie sich vor den Trichinen nicht im Geringsten fürchten.

Abg. v. S c h o r l e m e r - A l t bestreitet dem Abg. Langerhans die Möglichkeit, in dem von Letzteren behaupteten Umfange die Fleischschau vorzunehmen. In Berlin möge dies möglich sein, nicht aber auf dem Lande und speziell in Westfalen, wo die Besitzer der zu untersuchenden Schweine oft meilenweit von einander entfernt wohnen. Außerdem müsse man bedenken, daß man es bezüglich der Fleischbeschauer nicht überall mit Männern wie Dr. Langerhans zu thun habe.

Der Titel wird genehmigt. Die übrigen Titel dieses Kapitels werden sämtlich ohne Debatte genehmigt. Schluß 8½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10½ Uhr. (Nachtrag zum Staatshaushaltsetat, Vertrag zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen wegen Unterhaltung der Schiffsfahrtszeichen, Kultusetat.)

Parlamentarische Nachrichten.

Die mitgetheilte Interpellation des Abg. v. Komierowski in Betreff des Dr. Kantecki ist von Polen, Ultramontanen und Fortschrittsmännern unterzeichnet und trägt folgende Unterschriften: Bachem, Dr. Bender, Berger (Witten), Biesenbach, Bürger, Dr. v. Cblawski (Adelnau), v. Chlapowski (Buh), v. Carlinski, Deloch, Dieben, Doerd, Dr. Franz, Frenkel, Freiherr v. Kirch, Frhr. v. Seereman, Dr. v. Jagdzewski, Kantak, Dr. Kolberg, v. Lubinski, v. Lykowsky, Magdzyński, Graf v. Matuschka, Münster, Palbeiger, Pilaski, Dr. Roederath, Frhr. v. Schorlemer-Alt, Seydel, Dr. v. Stachowski, de Eyo, Dr. Suman (Adelnau), v. Tolkarski, v. Wierzbinski, Windthorst (Bielefeld), Windthorst (Meppen).

Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Februar.

Personal-Veränderungen in der Armee. v. d. Esch, Gen.-Major und Kommdr. der 62. Inf. Brig., in gleicher Eigenschaft zur 55. Inf. Brig. versetzt. v. Verdy du Vernois, Gen.-Major und Chef des Generalstabes des 1. Armee-Korps, zum Kommandr. der 62. Inf. Brig., v. Aweyde, Oberst-Lt. vom 1. Bad. Leib-Gren.-Regt. Nr. 109, zum Kommdr. des 1. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 46 ernannt. v. Stöckhauser, Major vom 1. Bad. Leib-Gren.-Regt. Nr. 109, in eine etatsm. Stabs-Stelle des Regts. eingedrückt. v. Stachewitz, Major, aggr. dem 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10, Steinhorn, Major, aggr. dem 1. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, v. Bongé, Major, aggr. dem 2. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, v. Krieger, Major, aggr. dem 6. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 55, v. Kolbach, Major, aggr. dem 2. Nassau. Inf.-Regt. Nr. 88, v. Ledl, Major, aggr. dem Anhalt. Inf.-Regt. Nr. 93, Patente ihrer Gehalts verliehen. M o y e, Oberst-Lt. vom 8. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 70, zum Bes.-Kommdr. des 1. Bats. (Siegburg) 2. Rhein. Landw.-Regts. Nr. 28 ernannt. v. Lehmann, Oberst-Lt. vom Gren.-Regt. Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburg), Nr. 12, in das 8. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 70, v. Schenckendorff, Major vom 8. Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 61 (Prinz Friedrich Karl von Preußen), als Bats.-Kommdr. in das Gren.-Regt. Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburg) Nr. 12 versetzt. v. Bodungen, Major, aggr. dem Gren.-Regt. Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburg), Nr. 12, in das 8. Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 61 (Prinz Friedrich Karl von Preußen) einrangirt. v. Kuschel, Major vom Kaiser Alexander Garde-Gren.-Regt. Nr. 1, in eine etatsm. Stabs-Stelle in das 8. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 70 versetzt. v. Aschhoff, Major vom 8. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 29, zum Bes.-Kommdr. des 2. Bats. (Andernach) 7. Rhein. Landw.-Regts. Nr. 69 ernannt. K i r c h h o f, Major vom 3. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 16, unter Entbindung von seinem Kommando, als Adjut. der 2. Div., in das 7. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 69 versetzt. F i c h e r, Oberst-Lt. vom 7. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 56, zum Bes.-Kommdr. des 2. Bats. (Eisenach) 5. Thüring. Landw.-Regts. Nr. 94, v. Seibottendorff, Major vom 3. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 14, zum Bes.-Kommdr. des 1. Bats. (Schlawe) 6. Pomm. Landw.-Regts. Nr. 49 ernannt. v. Wulffen, Major vom Ostfries. Inf.-Regt. Nr. 78, als Bats.-Kommdr. in das 3. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 14 versetzt. G r o n e m a n n, Major, aggr. dem Ostfries. Inf.-Regt. Nr. 78, in das Regt. einrangirt. L i n k e r, Major und Bats.-Kommdr. vom Bad. Fuß-Art.-Bat. Nr. 14, unter Stellung a la suite des Fuß-Art.-Regts. Nr. 15, zum Art.-Offiz. vom Platz in Straßburg, N o r m a n n, Major und etatsm. Stabs-Offiz. vom Fuß-Art.-Regt. Nr. 15, zum Kommdr. des Bad. Fuß-Art.-Bats. Nr. 14 ernannt. W o l f f, Oberfeuerwerker vom Schleswig. Fuß-Art.-Bat. Nr. 9, zum Feuerwerks-Offiz. befördert. F a h l a n d, Oberst-Lt. vom Stabe des Ingen.-Korps, zum Stabs-Offiz. im Ing.-Komite, H i t t e, Oberst-Lt. vom Stabe des Ing.-Korps und Kommdr. des Schlesw.-Holstein. Bion.-Bats. Nr. 9, unter Entbindung von dieser Stellung, zum Inf.-der 3. Bion.-Inf., Frhr. v. C r a m m, Major und etatsm. Stabs-Offiz. im Pomm. Inf.-Regt. (Blickersche Husaren) Nr. 5, zum Kommdr. des Heß. Train-Bats. Nr. 11, v. S i k e w i t z, Major und Stabs-Offiz. im Pomm. Inf.-Regt. (Blickersche Husaren) Nr. 5, zum etatsm. Stabs-Offiz. im Regiment ernannt. K e l l e r, S e f.-Lt. von der Res. des 3. Posen Inf.-Regts. Nr. 58, zum Pr.-Lt. v. B o n i n, Gen.-Major und Kommdr. der 55. Inf. Brig., in Genehmigung seines Abschieds-Gesuchs mit Penz. zur Disp. gestellt. v. L e n g e f e l d, Major vom 7. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 69, als Oberst-Lt. mit Penz. nebst Aussicht auf Anstellung im Zivildienst und der Regts.-Unif., S a m m, Major vom 8. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 70, mit Penz. und der Regts.-Unif., — der Abschied bewilligt. v. W e -

d e l l, Major a. D. und Bez. Kommdr. des 2. Bats. (Andernach) 7. Rhein. Landw.-Regts. Nr. 69, von dieser Stellung entbunden. v. D o n a t, Oberst-Lt. a. D. und Bez. Kommdr. des 1. Bats. (Siegburg) 2. Rhein. Landw.-Regts. Nr. 28, von dieser Stellung entbunden. Frhr. v. S c h r e n k, Major a. D. und Bez. Kommdr. des 1. Bats. (Schlawe) 6. Pomm. Landw.-Regts. Nr. 49, von dieser Stellung entbunden. F i n d o r f, Oberst vom Stabe des Ingen.-Korps und Insp. der 2. Festungs-Inspr., in Genehmigung seines Abschieds-Gesuchs, als Generalmajor mit Pension zur Disp. gestellt. v. G e r h a r d t, Oberst und Kommdr. des Heß. Train-Bats. Nr. 11, mit Penz. zur Disp. gestellt. Z a n d e r, Intend.-Rath vom XI. zum V. Armee-Korps befördert.

Eine polnisch-katholische Volksversammlung wurde am 20. d. M. unter dem Vorsitz des bekannten Agitators Dr. med. Bojanowski in Kosten abgehalten, in welcher namentlich P i c. Bojanowski aus Primient, der Geistliche Dr. Bartenberg und Dr. S y m a n s k i, Verleger des „Dredowit“, das Wort führten. Außer der Abhaltung eines Telegramms an den Papst wurden, nach dem „Dredowit“, noch mehrere Resolutionen gegen die Maigesehe gefaßt, sowie eine Petition um Aufhebung sämmtlicher kirchenpolitischer Gesetze an das Abgeordnetenhaus beschloßen.

r. Die Anzahl der Theater in unserer Stadt beträgt gegenwärtig 5, da zu den drei älteren Bühnen im Interims-Theater, im Volksgarten-Theater und im polnischen Theater während dieses Winters 2 kleinere Bühnen hinzugezogen sind, deren Inhaber auf Grund des §. 22 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 gleichfalls die Theater-Konzeption nachgesucht und erhalten haben. Die eine dieser beiden kleinen Bühnen befindet sich im Tunnel in der V i s - m a r c - S t r a ß e; sie besteht aus einem etwas erhöhten Podium an der Längseite des großen gewölbten Raumes, welches nach hinten durch eine Dekoration abgeschlossen ist. Gegenwärtig tritt dort eine echt „Weanerische“ Singpiel- u. Theater-Truppe (von Jean Pawlowski) auf, die sich nach Kräften bemüht, durch ihre derbe volkstümliche Komik die Zuschauer zu erheitern. Besonders Sonntags ist dort ein zahlreiches Publikum versammelt: Kleinbürger mit ihren Frauen und Kindern, Soldaten mit ihren weiblichen „Armeen“ (Pfeiferanten) u. Abends 10 Uhr erreichen Konzert und Vorstellung ihr Ende. Etwa um dieselbe Zeit beginnen die Vorstellungen auf der zweiten kleinen Bühne, in H e i l b r o n n ' s „S a l o n - T h e a t e r“. Die Bühne dieses Theaters befindet sich im Hintergrunde einer durch Wegbrechen einer Wand erweiterten Barterre-Vollatit in der Dominikanerstraße und hat eine Bühnenöffnung von ca. 10 Fuß Breite bei 7 Fuß Höhe. Da die Bühne nur wenig erhöht über den Fußboden des Zuschauerraumes ist, so sind beide vordringlich, um „Ueberschreitungen“ zu verhüten, durch eine eiserne Barriere von einander getrennt. Es werden auf dieser Duodez-Bühne kleine Poffen, Niederpiele und komische Szenen aufgeführt und von den auftretenden Künstlerinnen mit Klavierbegleitung Couplets und Lieder vorgetragen, die vornehmlich dem Chansonette-Genre angehören. Viele der Lieder, welche neuerdings hier in weiteren Kreisen dadurch bekannt geworden sind, daß sie von der Chansonetten-Sängerin Anitta im Volksgarten-Theater vorgetragen wurden, werden auch hier gesungen, aber mit einigen Variationen und in einer Vortragungsweise, die mehr dem verdorren Geschmacke eines ausschließlichen Herren-Publikums, wie es sich hier versammelt, zusagt. 12 Uhr Mitternachts geht die Vorstellung, aber nicht das „Vergnügen“ zu Ende.

r. Die Vorstellungen im polnischen Theater werden bereits Anfang April d. J. geschlossen werden. Wie man hört, wird die Theater-Gesellschaft, welche hier keine besonders guten Geschäfte gemacht hat, nach Warschau gehen.

r. Der zweite Baugewerkstag des posenschen Provinzial-Baugewerksvereins fand, wie bereits mitgeteilt, seinen Abschluß in einem Diner, welches im Saale von Scharfberg's Hotel am 19. d. M. von 6½ Uhr Abends ab stattfand. Es nahmen an demselben ca. 40 Personen Theil, unter diesen auch Stadtrath Rump und Stadtbaurath Stempel. Das Diner wurde durch zahlreiche Toaste, ernste und heitere Vorträge gewürzt. Den ersten Toast brachte Stadtrath R u m p auf den Kaiser aus. — Zu unserem Berichte über den zweiten Baugewerkstag haben wir noch folgendes nachzutragen. Der Lokalverein zu Gnesen, über dessen Vereinstätigkeit Herr Tyrode berichtete, hatte zwar in seiner ersten Generalversammlung beschloßen, daß jedes Mitglied der mit dem Vereine verbundenen Sterbefasse nach dem Ableben der Gattin aus dieser Kasse 150 M. erhalten solle; doch hat man diese Bestimmung in der zweiten Generalversammlung fallen lassen. Es ist danach die Mittheilung in unserem Berichte, wo nur die Beschlußfassung der ersten Generalversammlung angegeben ist, abzuändern.

r. Die polytechnische Gesellschaft besuchte heute Nachmittag unter Führung des königl. Bauinspektors Hirt und des königl. Baumeisters S a k e das neue Gerichtsgebäude und die Gefängnisse zwischen Wilhelmstraße und Mühlentstraße. Es wurden das Geschäftsgebäude an der Wilhelmstraße, das Justizgefängniß, das große Gefängnisgebäude, die Küche, die Waschküche und die neu eingerichtete Gasanstalt besichtigt, in welcher das für sämtliche Gebäude und Höfe erforderliche Gas aus den Rückständen bei der Paraffin-Fabrikation bereit wird. Die Wanderung durch die umfangreichen Gebäude und Höfe hatte zwei Stunden in Anspruch genommen. — Ein Theil des Geschäftsgebäudes soll, wie man hört, zum 1. April d. J. endlich bezogen werden. Von den größeren Sälen ist der Zivil-Audienzsaal zur Zeit fertig gestellt; dagegen ist die innere Aus schmückung des Kriminal-Audienzsaales und des Schwurgerichtssaales noch immer nicht in Angriff genommen.

T. Der zoologische Garten erhielt von Herrn Max S c h u l z aus Samter einen in dortiger Gegend gefangenen R a n i c h zum Geschenk, welcher eine Kopfhöhe von 5 Fuß hat und demnach ein ziemlich ausgemachtes Exemplar ist, von Schrimm aus wurde ein S e a - a d e l e r überliefert, der an Größe und Flügelweite dem bereits von C. Gagenbeek aus Hamburg erhaltenen Exemplare nicht viel nachsteht. — Während die Anstrengungen zur Erhaltung und Vergrößerung des hiesigen zoologischen Gartens die allseitigste Anerkennung finden, wird auf der andern Seite in böswilliger Weise seinem Gedeihen entgegen gearbeitet. So haben 3. B. ruchlose Hände vor einigen Tagen dem auf dem inneren Gartenwege stehenden großen Pfahnbäume sämmtliche Schweif federn abgeschnitten und so dem Thiere seinen schönsten Schmuck geraubt.

r. Wilde Gänse. Heute sah man zahlreiche Schaaen wilder Gänse in der bekannten Weise (se zwei Züge unter einem spitzen Winkel zusammenstoßend) über unsere Stadt in der Richtung nach Nordosten hinziehen. Gewöhnlich finden die Züge dieser Wander-vögel erst im März statt.

r. Eine gewaltsame Exmission. Die hiesige jüdische Seelengemeinde hat bisher eine zum Belustigen eingerichtete Stube eines Hauses auf der Schuhmacherstraße inne gehabt. Wegen der Verhältnisse dieses Zimmers schwebte schon seit längerer Zeit ein Prozeß zwischen dem Besitzer des Hauses, einem israelitischen Kaufmann, und dem Vorstande der Seelengemeinde, indem letzterer behauptete, wirklicher Besitzer des Zimmers zu sein, was der Kaufmann bestritt, indem er geltend machte, daß er in der Substation das Grundstück erworben habe und das frühere Verhältniß durch diesen Kauf aufgehoben worden sei. Nachdem er jedoch im Wege des Prozeßes mit seinen Ansprüchen zurückgewiesen worden war, hat die Angelegenheit in der Nacht vom 17. zum 18. d. M. mit einem Male eine ganz eigenenthümlichen Wendung genommen. Das Zimmer wurde gewaltsam eingebrachen und alle in demselben befindlichen Schränke und sonstiges Mobiliar, Gebetsbücher, Gebetsrollen, Gebetsmäntel, Gebetriemen, silberne Kultusgeräte u. entfernt, so daß gegenwärtig das Zimmer leer steht. Der Vorstand der Seelengemeinde behauptet, der Hausbesitzer habe diese gewaltsame Exmission vorgenommen; dieser aber hat erklärt, er habe das Zimmer an einen Glasermeister vermietet und demselben gesagt, er möge sich in den Besitz des Zimmers setzen; wie er das machen wolle, das sei seine Sache. Bereits hat, wie man hört, auch die Kriminalpolizei von diesem eigenenthümlichen Vorgange Kenntniß genommen. Unterdeß denkt wahrscheinlich der

Hauswirth beati possidentes und überläßt es dem Vorstande der Seelengemeinde gegen ihn klagbar zu werden. Das aus dem Zimmer herausgeschaffte Mobiliar sammt Gebetsmänteln, Gebetriemen u. befindet sich inzwischen bei dem Glasermeister in Aufbewahrung; die Annahme dieser Gegenstände ist von dem Vorstande der Seelengemeinde verweigert worden, indem derselbe erklärt hat, nur dann werde er diese Gegenstände wieder übernehmen, wenn der status quo ante hergestellt, d. h. die Sachen wieder in das Zimmer gestellt würden.

r. Mit dem Dickschen Extinkteur wurden gestern Nachmittags auf Veranlassung des hiesigen Dachpappen-Fabrikanten, Kaufmanns Bittor, in den Rager'schen Sandgruben bei Zerzwe eine Feuerlöschprobe angestellt, welche den Beweis liefert, daß der Extinkteur auch zur Löschung von brennendem siedendem Theer sehr geeignet, während bei den bisherigen Proben nur brennender kalter Theer gelöscht worden war. Es war zu diesem Behufe ein großes eisernes Gefäß von etwa 1,50 M. Länge und 1,20 M. Breite, welches 4 bis 5 Zentimeter hoch mit Theer gefüllt war, etwa 1 Fuß hoch frei über den Erdboden gestellt und rings mit Reisig umgeben worden. Nachdem letzteres angezündet worden war und eine Zefflang gebrannt hatte, wurde auch der Theer in Brand gesetzt. Es gelang mittels des Dickschen Extinkteurs in 1 Minute 49 Sekunden das Feuer vollständig zu löschen.

r. Die Herrschaft Zarnowo im Kreise Posen, welche einen Gesamtflächeninhalt von 6100 Morgen hat und bisher der Frau Dr. Stronsberg gehörte, kam gestern auf dem hiesigen Kreisgerichte zur Substation und wurde zu dem Gesamtpreise von 1,022,100 M. verkauft. Es erwarben: Zarnowo und Karlsdorf Kaufmann L. Plescher aus Posen für 815,000 M., Rumianek Major Bobeltis aus Frankfurt a. O., das Vorwerk Kobelnica Gutsbesitzer Behr aus Kobelnica.

«Birnbaum», 20. Februar. [Vorschußverein. Kirchliche Wahlen.] In der jüngst abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Vorschußvereins wurde zunächst der Jahresbericht vorgelegt. Derselben entnahmen wir Folgendes. An Mitgliedern waren aus dem Jahre 1875 vorhanden 238, 1876 sind dazu gekommen 14 und ausgeschieden wurden 22, also überhaupt sind 230 Mitglieder. Die Einnahme im Jahre 1876 betrug 161,959 M., die Ausgabe 157,677 M.; folglich verblieb pro 1877 ein Bestand von 4282 M. Das Guthaben der Mitglieder betrug am Jahresabschluß 21,388 M., von denen 20,075 M. zur Dividende berechtigt waren, welche auf 6½ pCt. festgesetzt wurde und 1395 M. beträgt. Der Reservefond beläuft sich auf 2154,24 M. Den Abgebrannten in Bridenau wurde der Ueber schuß von 24 M. bewilligt. Die zur Auscheidung bestimmten Vorstands- und Ausschußmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. — Bei der am 7. Januar cr. stattgehabten Wahl von Gemeinde-Kirchenrath und Gemeinde-Vertretern wurden in der hiesigen Pfarochie Kaufmann Rothensücher zum Gemeinde-Kirchenrath und Kreisrichter Richter zum Gemeinde-Vertreter gewählt. Beide Herren leichten die auf sie gefallene Wahl ab, und bei der am Sonntage vorgenommenen Ergänzungswahl wurden die Herren Brauermeister Adam als Kirchenrath und Kaufmann Rothensücher als Gemeinde-Vertreter einstimmig von etwa 130 anwesenden Stimmberechtigten gewählt. Zum fiskalischen Vertreter hat die königl. Regierung den Rittergutsbesitzer v. Willig auf Goryn in Stelle des Oberförsters Krause ernannt, welcher dieses Amt freiwillig niedergelegt hat. Am 4. März cr. wird die kirchliche Einführung der neu resp. wiedergewählten Kirchenräthe und Gemeinde-Vertreter stattfinden.

Schneidemühl, 20. Februar. [Die Arbeitsnoth] hat in unserer Gegend in so erschreckender Weise zugenommen, daß von mehreren Einwohnern der Stadt an unseren Landtagsabgeordneten Landrath v. Colmar die Bitte gerichtet worden ist, für den schleunigen Beginn der Posen-Schneidemühl-Belaarder Eisenbahn wirken zu wollen, damit die hiesigen Arbeiter Beschäftigung erhalten. Der Handelsminister hat durch Herrn v. Colmar von dieser Petition Kenntniß erhalten und soll den Beginn in nahe Aussicht gestellt haben.

Aus dem Gerichtssaal.

A. C. Berlin, 21. Februar. Nach dem preussischen Vereinsgesetz ist die Ortspolizeibehörde befugt, in jede Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, einen oder zwei Abgeordnete zu senden, welche, wenn sie Polizeibeamte sind, nur in ihrer Dienstkleidung oder unter ausdrücklicher Kundgebung ihrer dienstlichen Eigenschaft erscheinen dürfen. In Beziehung auf diese Bestimmung hat der Strafsenat des Ober-Tribunals in einem Erkenntniß vom 21. Januar 1877 ausgesprochen, daß ein nicht uniformirter Polizei-Beamter in dem erwähnten Falle nicht nöthig hat, mit ausdrücklichen Worten kundzugeben, daß er in dienstlicher Eigenschaft erschienen, vielmehr auch jede andere Handlung genügt, die das Erscheinen des Beamten in dienstlicher Eigenschaft unzweifelhaft macht.

In einer kleinen Stadt der Provinz Posen wurde von dem Kaufmann D. eine Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten besprochen werden sollten, veranstaltet. Zur Ueberwachung der Versammlung erschien der Bürgermeister des Ortes, welcher gleichzeitig der Träger der Ortspolizeibehörde war, in Zivilkleidung. Kaufmann D. räumte dem Bürgermeister einen erhöhten Platz ein und betonte der Versammlung gegenüber die Anwesenheit des Bürgermeisters in seiner amtlichen Eigenschaft als Polizei-Verwalter. Die Versammlung nahm jedoch einen Verlauf, der ihre Auflösung seitens des Bürgermeisters und die Einleitung einer strafgerichtlichen Untersuchung gegen D. wegen Verletzung des Vereinsgesetzes zur Folge hatte. Das Appellationsgericht zu Posen sprach jedoch den D. frei, weil der Bürgermeister in der Versammlung nicht mit ausdrücklichen Worten seine Anwesenheit in dienstlicher Eigenschaft betont hatte und demnach zur Auflösung der Versammlung nicht befugt gewesen war. Auf die Nichtigkeitsbeschwerde des Ober-Staatsanwalts vernichtete jedoch das Ober-Tribunal das zweifelhafte Urtheil und verwies die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Appellationsgericht zu Frankfurt a. O. „Dem §. 4 des Vereinsgesetzes“ führt das Erkenntniß des Ober-Tribunals aus, „liegt die Absicht zum Grunde, den Theilnehmern an der Versammlung den oder die von der Ortspolizeibehörde mit der Ueberwachung beauftragten Abgeordneten als solche deutlich erkennbar zu machen. Als Mittel hierzu bezeichnet das Gesetz, wenn sie Polizeibeamte sind, die Dienstkleidung oder anderfalls besondere Abzeichen. Tragen sie eine dieser Zeichen, so bedarf es einer weiteren Kundgebung überhaupt nicht. Hiernach ist nicht abzulehnen, weshalb die für den abgeordneten Polizeibeamten, der seine Dienstkleidung trägt, vorgeschriebene ausdrückliche Kundgebung nur durch eine der Versammlung gegenüber in ausdrücklichen Worten abgegebene Erklärung solle erfolgen können. Vielmehr muß angenommen werden, daß jenem Erfordernisse auch durch konkludente Handlungen, welche den Versammelten das Erscheinen des Abgeordneten in dienstlicher Eigenschaft unzweifelhaft kundmachen, genügt werden kann.“

An die neue Landschaft in Posen

ist folgende Eingabe gelangt:

Schloß Reizen und Goryn,
am 12. Februar 1877.

Der Bescheid des Herrn Ober-Präsidenten des Großherzogthums Posen vom 28. Juni v. J., nach welchem der Herr Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten unserem von den Mitgliedern des vereinigten engeren Ausschusses des landchaftlichen Kredit-Vereins der Provinz Posen einmüthig unterstützten Antrage wegen Einberufung einer General-Versammlung behufs Entscheidung der Frage: ob die landchaftliche Belebung und eventuell unter welchen Bedingungen auf das vierte Sechstel des Tarwerthes der zu verpfändenden Güter ausgedehnt werden soll?

keine weitere Folge gegeben und die Genehmigung zur Einberufung der General-Versammlung verweigert habe, — hat nicht allein bei uns sondern in den weitesten Kreisen tiefe Indignation hervorgerufen und ist Gegenstand öffentlicher Kritik geworden. Es bei dem ablehnenden Bescheide des Herrn Ministers bewenden, die Sache, von deren Wichtigkeit wir nach allen Seiten hin durchdrungen sind, und von welcher das Wohl und Wehe vieler unserer Fachgenossen, ja das Wohl der Provinz selbst abhängt, als todgeschwiegen im Stiche lassen! — denn der Antrag, wie er gestellt und motiviert ist, erscheint wahrlich nicht als bloßes Phantasma, sondern als Postulat der Landwirtschaft eine der wichtigsten Fragen in sich tragend, d. i. die Ertragsfrage des Groß-Grundbesitzes der Provinz Posen!

Nicht tendenziöse Verschuldung des Grund und Bodens zu belästigen Zwecken, sondern dem Beleihungsantrage liegt vielmehr die Absicht zu Grunde: den landwirtschaftlichen Real-Kredit durch dauernde Befestigung des Großgrundbesitzes zu heben in erster Linie dem soliden, strebsamen Landwirthe aufzuhelfen, damit er sich konsolidire, dann aber ihm Mittel an die Hand zu geben, vermöge welcher es ihm möglich werde, Ertragsquellen zu öffnen und Material zu Tage zu fördern, das oft Jahrhunderte lang ruhend, nutzlos im Boden verborgen ist: des Landwirths Aufgabe würde dann sein, den Grund und Boden materiell zu verbessern, alle anderen wirthschaftlich-gewerblichen Ertragszweige zu vervollkommen und nutzbar zu machen, die Wirthschaft selbst zeitgemäß dergestalt einzurichten, daß diese von nachtheiligen Krebschäden befreit in ihrem Organismus erstarkt, sich gesundlich zu entwickeln vermag, der mühsamen Arbeit dankbarer Lohn aus dem Lande Heil und Segen bringe.

Zu alledem gehört aber Kapital, der Motor jeglichen industriellen Unternehmens. — Und eben an diesem gebricht es so vielen der solidesten intelligenten Landwirthe. Während in den Nachbar-Provinzen der Kultur des Bodens aus verschiedenen industriellen Unternehmungen staatlischerseits sowohl wie von den Provinzial-Organen thatsächlich Vorstuf geleistet wird, werden dem Fortschritt in dieser Richtung hier Hemmschübe angelegt; — kein Wunder also wenn unsere Provinz mit ihren Schwester-Provinzen nicht diesen Schritt zu halten vermag und mit der Zeit lahm gelegt wird. Die Frage: ob eine erweiterte Beleihung von Gütern bis $\frac{1}{2}$ des landwirtschaftlichen Taxwerthes opportun erscheint? ist von verschiedenen Autoritäten des landwirtschaftlichen Kredit-Vereins so eingehend erörtert und die Gründe welche für die Erweiterung der Beleihungsgrenze sprechen mit Bezug auf das Seitens des Herrn Rittergutsbesitzer, königl. Landes-Oekonom-Rath Lehmann-Nitsche dem Herrn Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten unterbreitetem Darstellen, in unserem Antrage vom 20. Februar 1876 so beweisend hervorgehoben, daß sich dies bezüglich ein Mehreres nicht anführen läßt, zumal der engere Ausschuß der Jahresversammlung in seiner Sitzung vom 28. März 1876 sich für die erweiterte Beleihung bejahend ausgesprochen hat.

Wir wiederholen prinzipiell hier unseren Antrag vom 20. Februar 1876 und bitten ganz ergebenst, Eine Hohe Direktion wolle geneigt sein.

Diesen Antrag zur abermaligen Beschlußnahme durch den nächsten zusammentretenden engeren Ausschuß der Jahresversammlung wegen Einberufung der General-Versammlung Behufs Entscheidung der Frage, ob die landwirtschaftliche Beleihung nur eben unter welchen anderen Bedingungen auf das vierte Sechstel des Taxwerthes der zu verpfändenden Güter ausgedehnt werden soll?

auf die Tagesordnung bringen.

Sollte diesem Antrage wider Erwartung nicht stattgegeben werden, dann richten wir hiermit eine Petition an den engeren Ausschuß der Jahresversammlung und bitten diese auf die Tagesordnung zu bringen des Inhalts: Der engere Ausschuß wolle beschließen in Erwägung:

- daß die Beleihung nach den jetzt bestehenden Taxwerthsätzen bis zur Hälfte des Real-Kreditbedarfs nicht befriedige,
- daß deshalb die Gutsbesitzer sich an Privatbanken wenden oder Kapitalien anderweit selbst auf kürzere Kündigungsfristen aufnehmen müssen, die ihre schwere Opfer kosten,
- daß die Sicherheit der Pfandbriefe darunter nicht im mindesten leiden würde, indem die Erfahrung von anderen Landschaften schon seit längerer Zeit gewonnen sei,
- daß endlich die jetzigen tarifmäßigen Werthsätze der Zeit und Bodenverhältnisse nicht entsprechen,

den Antrag zu stellen: daß eine General-Versammlung einberufen werde um die Taxgrundsätze in der revidirten Taxordnung vom 15. Mai 1871 einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen und die Bestimmungen der Taxordnung dahin abzuändern:

Zu § 5. Der für das Hektar zu berechnende Kapitalwerth ist für:

- 1) Weizenboden 1. Klasse 300 Thaler.
- 2) " " " 250 "
- 3) Gerstenboden 1. " 220 "
- 4) " " " 200 "
- 5) Haferboden 1. " 130 "
- 6) " " " 100 "
- 7) " " " 70 "
- 8) 3-jähriger Roggenboden 45 "
- 9) " " " 30 "

Die vorstehenden Tariffätze sind bei besonderen Vorgängen und Mängeln

a) Wie in den Taxprinzipien § 5, S. 106 und 107 des Statuts.

b) je nur Ein bis Fünf Prozent zu erhöhen oder zu ermäßigen.

c) Eine Procenterhöhung findet ferner statt:

- a) bei drainirtem Ackerlande mit Rücksicht auf das dafür verwendete Kapital, je um ein bis zwanzig Prozent resp. durch Erhöhung in die nächst bessere Klasse.

Motive:

Nach der beiliegenden Zusammenstellung der Resultate der Grundsteuer-Schätzung des Acker in Regierungsbezirk Posen stellen sich für die einzelnen 8 Ackerklassen abgerundet im Durchschnitt pro Morgen folgende Real-Ertragsätze heraus:

- 1) Morgen I. Klasse Weizenland 1. Klasse 100 Mk. (Silbergroschen).
- 2) " II. " " 75 "
- 3) " III. " Gerstenland 1. " 50 "
- 4) " IV. " " 40 "
- 5) " V. " Haferland 1. " 25 "
- 6) " VI. " " 18 "
- 7) " Roggenland 3-jährig 10 "
- 8) " " 6-jährig 4 "

was bei einer Kapitalisirung zum 30fachen Betrage ebensoviel Thaler in Kapital ergibt.

Diese Erträge werden bei Verkäufen oft mit dem Doppelten, d. h. 1 Thaler Grundsteuer-Real-Ertrag mit 60 Thaler Kapital oder der Morgen erster Klasse mit 200 Thaler Kapital bezahlt. Das 1½fache, also mit 150 Thaler pro Morgen erster Klasse dürfte wohl nur selten nicht erreicht werden. Diese Beträge versteht sich von selbst inklusive des Gebäudewerthes und des Werthes des lebendigen und todtten Wirthschafts-Inventarii. Rechnet man hiervon nun 20 pCt. für das Inventarium ab, also 30 Thaler, was wohl ausreichen dürfte, so bleiben noch 120 Thaler und davon $\frac{1}{4}$ für die Gebäude d. i. 25 pCt. des Acker- und Wiesenwerthes und nach § 12 sub h der Taxgrundsätze mit 24 Thaler, so bleiben noch für den reinen Ackerwerth 96 Thaler, pro Morgen erster Klasse.

Wenn nun in den vorgeschlagenen Tariffätzen nur 75 Thaler pro Morgen oder 300 Thaler pro Hektar beansprucht werden, d. h. $\frac{3}{4}$ des Vorstehenden, so wird Niemand die Behauptung aufstellen wollen: daß dieser Betrag zu hoch sei! — wenigstens wird er außer Stande sein, dies zu beweisen.

Einen fernerer Beweis aber für die Richtigkeit unserer Behauptung geben wir in Folgendem:

Bei einer Menge von Darlehen im Gesamtbetrage von über

1½ Millionen Thaler hat die preussische Central-Boden-Kredit-Aktien-Gesellschaft (Philippsborn) einen Grundstücksverth von circa 2½ Millionen mit $\frac{1}{2}$ des Taxwerthes beliehen, wobei der Werth bei 57 Gütern im Durchschnitt den 60 sage: Sechszigfachen Betrag des Grundsteuer-Realertrages ausmacht.

Hier sind auch die Werthe der Gebäude und des Inventarii mit inbegriffen. Rechnet man nun für das Letztere $\frac{1}{4}$ = 20 pCt. ab, so bleibt der 48fache Betrag und hieroben für die Gebäude ebenfalls $\frac{1}{4}$ mit 9,6, so bleibt als Werth der bloßen Ländereien der 38,4fache Betrag des Grundsteuer-Real-Ertrages, woraus sich für die erste Acker-Klasse ein Kapitalwerth von 128 Thaler pro Morgen ergibt, wogegen hieraus 75 Thaler, also nur $\frac{3}{4}$ des vorermittelten Betrages gefordert werden.

Hiernach dürfte wohl ein fernerer Beweis für die Billigkeit der vorgeschlagenen Sätze geführt sein.

Wie für die erste Klasse des Ackerlandes, sprechen die gleichen Motive auch für die übrigen Acker-Klassen.

Die zu berücksichtigenden Vorzüge oder Mängel des Bodens, wie solche § 5 sub a. b. c. bestimmt, mögen im Allgemeinen genügen, daß aber eine zweckmäßig ausgeführte Drainage auch ferner unbeachtet bleiben sollte, dürfte nicht gerechtfertigt sein. Jedenfalls ist eine Erhöhung des Werthes bis zu 20 pCt. oder die Verlegung in die nächste bessere Klasse keine zu hohe Entschädigung.

Zu § 6. Was zunächst die Menge des pro Hektar zu gewinnenden Futters im getrockneten Zustande anbelangt, so soll hieran für jetzt eine Aenderung nicht beantragt werden, obgleich bei der 1. Klasse zu 80 Ztr. es wohl nicht mehr zutreffend sein dürfte, daß nicht auch Wiesen mit diesem Ertrage der letzten Heufurte vorkommen sollten.

Zu § 7.

Was dagegen den Kapitalwerth pro Ztr. Heu anbelangt, so kann es nicht anfechtbar sein, daß die jetzigen Sätze viel zu niedrig sind, wie nachstehende Berechnungen ergeben werden. Der Preis von 20 Silbergroschen pro Zentner guten, gefunden Schafheu ist gewiß ein sehr mäßiger. Zieht man davon ab den Betrag der Wirthschaftskosten hoch mit 5 Sgr. und läßt den Werth der Weide ganz unberücksichtigt, so bleibt ein reiner Werth von 15 Sgr., der mit 20 Kapitalisirung, pro 6 Zentner Heu 1 Güte einen Kapitalbetrag von 10 Thlr. ergibt. Ja wenn man den Preis des Heus nur zu 15 Sgr. pro Zentner annimmt, so bleiben nach Abzug der Werbungskosten immer noch 10 Sgr., die ein Kapital von 200 Sgr. gleich 6 Thlr. 20 Sgr. geben, so daß die Anforderung auf 6 Thlr. pro Zentner Heu besser Güte nicht zu viel sein kann.

In derselben Weise würden die Wirth der 2. Güte auf 4½ Thlr. in der 3. Güte auf 3 Thlr. zu erhöhen sein.

Zu § 8.

Sind wie bei den Wiesen die Grasgüten nach 6 und 7 zu unterscheiden.

Zu § 9.

Die anzunehmenden Weideklassen und deren Grasqualitäten sowie die Kapitalwerthe pro Hektar sind folgende:

	a.	b.	c.
1. zu 1 Hektar 100 Thaler	80 Thaler	70 Thaler	50 Thaler
2. " 1 " " 70 " "	60 " "	50 " "	35 " "
3. " 2 " " " " "	50 " "	40 " "	30 " "
4. " 2½ " " " " "	40 " "	30 " "	25 " "
5. " 3 " " " " "	30 " "	20 " "	15 " "

Im Uebrigen wie in den Tax-Prinzipien Seite 109.

Zu § 10.

Wie in den Tax-Prinzipien.

Zu § 11.

Wilde Fischereien pp.

Dagegen kommen bei Fischteichen, wenn deren Benutzung in den

letzten sechs Jahren stattgefunden hat,

c. bis 5 Hektar Wasserfläche mit 16 Thaler,

d. über 5 Hektar " mit 8 " (Schluß folgt.)

pro Hektar in Ansatz.

Vermischtes.

* Köln, 19. Febr. Ueber die Entdeckung einer Falschmünzerei in der Vorstadt Ehrenfeld werden der „R. Z.“ nachstehende Einzelheiten mitgetheilt: Am Freitag Vormittag trat in die Wohnung des an der Johannisstraße zu Ehrenfeld wohnenden Geschäftsmannes L. der ebenfalls dort wohnende H. und erklärte, denselben allein sprechen zu müssen. Als L. den H. darauf in ein Zimmer geführt hatte, eröffnete dieser ihm, er habe ein Anliegen, wegen dessen er schon mehrere Male in sein Haus gekommen, jedesmal aber sei er, da er zu bange gewesen, damit herauszurufen, wieder unverrichteter Sache davon gegangen. Nun aber müsse es heraus. Es handle sich um ein Geheimniß, und er müsse unter jeder Bedingung Verschwiegenheit verlangen. Dann fuhr H. fort, es fehlten ihm zur Beschaffung der letzten Presse zur Fertigstellung von Hundert Markschneiden der sächsischen Bank zweihundert Thaler. L. möge diese besorgen und solle dafür 30 Stück der täuschend nachgemachten Banknoten erhalten. Später könne er stets eine gleiche Summe gegen dieselbe Stückzahl der Scheine umlegen. Am Nachmittag wurde er, H., ihm auch eine Probe der

Scheine vorlegen und ihn, wenn das Geld zähle, an Ort und Stelle führen, wo die Noten gemacht würden. L. ging anheimelnd auf den Vorschlag ein, machte aber, nachdem H. weggegangen war, der Polizei in Ehrenfeld sofort von dem Vorfalle Anzeige. Am Nachmittag kam H. wirklich zurück, legte L. zwei an einem Stiel befestigte Noten vor und reichte ihm eine Puppe hin, damit er sich von der feinen Herstellung der Scheine überzeuge. Nun wurde für den Abent der Zusammenkunft in einem ehrenförmlichen Wirthshause verabredet: dort wollte H. den L. noch mit seinem Associe K. bekannt machen und dann die zweihundert Thaler in Empfang nehmen. Das Zusammen treffen fand statt; auch K. erschien und verlangte, nachdem ihm L. vorgezeigt worden, das Geld. Als L. nun erklärte, er habe nicht so viel zu Hause, er müsse dasselbe erst am andern Tage beschaffen, da meinte K., sie hätten das Geld auch augenblicklich nicht eben nöthig, allein um der Verschwiegenheit des L. sicher zu sein, solle er wenigstens 100 Mark geben, wenn derselbe das nicht thue, dann könne er, K., die Nacht nicht ruhig schlafen. L. entgegnete, hundert Mark habe er wohl zu Hause, diese wolle er sofort holen. S. und K. bestimmten nun aber ein anderes Wirthshaus, wo sie das Geld im Empfang nehmen wollten. L. ging nach Hause und ließ der Polizei von der letzten Verabredung Mittheilung machen. In der näher bezeichneten Wirthschaft wurden hierauf H. und K. verhaftet. In einer Briefstube des letztern fand man sechs der nachgemachten Noten. Den unermüdeten Nachforschungen der Polizei gelang es vorgerufen, die Fabrik der Falschmünzer in einem Hinterhause an der Franzstraße zu entdecken. Dort war vor einigen Monaten eine Wohnung für mehrere Leute gemiethet worden, die sich mit der Anfertigung von sämmtlichen Lithographien beschäftigten sollten. Ein Schildchen auf einer Zimmerthür trug den Namen von einem Manne, der gar nicht da wohnte. In einem hintern Räume fand man eine vollständige Presse, sieben Steine zur Anfertigung der Scheine, die nöthigen Walzen, eine erhebliche Anzahl der falschen Banknoten, einen Vorrath von Papier für die Herstellung weiterer Scheine und dergleichen mehr. Ein dritter Genosse der beiden Verhafteten ist flüchtig.

* Eine natürliche Todes gestorben ist eine Frau, deren entsehlisches „Metier“ ihr tausendmal ein anderes Ende wahrscheinlich machte. Wir meinen die Thierbändigerin Frau Fanny Casanova, welche am 21. Jänner d. J. zu Graz, ihrem Auhesitz, wohin sie sich 1873 nach Verkauf ihrer Menagerie an die pester Thiergarten-Gesellschaft begeben, gestorben ist und am 21. Jänner ohne alle Theilnahme der Bevölkerung begraben wurde. Frau Casanova durchlief durch die längere als 30 Jahre mit ihren Bestien die Welt, produirte sich in allen größeren Städten und setzte Groß und Klein durch ihre Dressur und ihre unglaubliche Unerblichkeit und tollkühne Bravour in gruseliges Erstaunen. Unzählige Male wurde sie von ihren nicht immer geberdigen und gehorsamen Böglingen angefallen und mit dem Felleischn bedroht, hunderte Narben bedeckten ihren Körper, aber immer und immer wieder besiegte ihr Muth und ihre Kaltblütigkeit die knappest Gefahr. Ein Blick aus ihrem funkelnden Auge, ein bewusster Griff an die Gurgel des zähnefletschenden Ungeheuers, ein derber Schlag oder Stoß mit der spitzen Eisenklinge und das Thier lag winfend und ohnmächtig zu den Füßen der zürnenden Meisterin. Auch Wien war wiederholt Zeuge solch fürchterlicher Szenen, wo das Publikum mit bleichen Gesichtern und in athemloser Spannung der blutigen Katastrophe entgegenschau. Zum letzten Male war dies im Jänner 1868, als Frau Casanova im Verein mit Herrn Nemethy im Theater an der Wien ihre Vorstellungen mit Wölfen, Leoparden und Löwen gab. Schon bei der Probe wollte der Löwe, ein Brachterempler, nicht pariren, d. h. nicht springen. Sie schlug den König der Wälder unbarmherzig, so daß der Direktor bat, sie möchte Einhalt thun und die Nummer aus ihrem Programme überhaupt streichen. Da schrie sie auf und sagte: „Er darf mich nicht schwach sehen, er muß mich als seine Herrin erkennen, sonst wird er mein Herr und zerreißt mich.“ Noch ein Schlag und ein dräuender Blick und — der Löwe sprang. Aber bei der Abendvorstellung wiederholte sich das unglückliche Schauspiel. Der Löwe sprang abermals nicht, kein Schlagen nützte da — ergriff das zur Raserei aufgestachelte, zornglühende Weib das brüllende Thier mit nervigen Fäusten bei den aufgebäumten Klauen und warf es in den Zwinger, daß es vor Schmerz beulte. — Frau Casanova trodnete sich den Todesschweiß von der Stirne und begann ihre Produktionen mit den Wölfen und Leoparden. Ein nie gehörter Freudenpektal erhob sich damals im Theater, für das sie nur mit einem ersten Kopfnicken und einem vielstündigen Wüde dankte. Die körperlich nicht athletisch gebaute, aber einst von unbegrenzter Willenskraft beseelte Frau verlebte ihre letzten Jahre, von den qualvollen Anstrengungen und Aufregungen schließlich doch erschüttert und zusammengebrochen, in stiller Abgeschiedenheit, bis sie ein milder Tod von allen weiteren Gefahren erlöste. Vorher gelang es ihr noch, ihren Sohn aus erster Ehe, Andreas Fessi, in einem Handlungshause in Pest zu plaziren, wo er ein „ruhigeres Brod“ zu essen vermag, als es seiner Mutter vergönnt gewesen.

* Ein Papagei vor Gericht. Die „Post“ schreibt aus Berlin: Ein seltsamer Zeuge dürfte demnächst vor den Schranken des hiesigen Stadtrichts erscheinen. Ein hiesiger Einwohner ist angeklagt, einen ihm mahnenden Gläubiger nicht nur unbefriedigt zur Thür hinausgeschoben, sondern auch obenrein ihm allerlei beleidigende Titel unterzulegen, die dem Thierreich entnommen noch zu den gelindesten gehören — nachgerufen zu haben. Der Verklagte hat vor dem Jurienrichter erklärt, daß diese Schimpfreden nicht er, sondern der Papagei ausgesprochen habe. Es wird nun Beweis erhoben und der Papagei unter Zuziehung von Sachverständigen vor Gericht gestellt werden. Natürlich wird es dabei, wenn der Papagei die ihm nachgesagten Fähigkeiten und Neigungen wirklich besitzt, nicht ohne neue empfindliche Beschimpfungen aller Anwesenden abgehen.

* Eine komische Theater-Anekdote erzählt das „N. N. Blatt“ von dem Inspektanten des wiener Stadttheaters, Koller, und dessen Direktor Heinrich Laube. — „Koller“, ruft Laube auf der Probe, „ist das Stichwort?“ — „Das kimmert sie nichts.“ — Laube stupert. Er wiederholt die Frage. — Darauf Koller in versäffelter Stimmung: „Das kimmert sie nichts.“ — Da lobt Laube auf: „Sind Sie verrückt, daß Sie sich unterstehen, in solchem Tone mit mir zu sprechen?“ — Aber Koller, seine Ruhe voll bewahrend, hält ihm das Buch hin: „Ich bitt“, Herr Direktor, da steht das Stichwort, es heißt: „Das kimmert Sie nichts.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius W a s n e r in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 21. Februar. Die Thronrede bei Eröffnung des Reichstags wird die Nothstandsfrage berühren und die Stellung Deutschlands zur orientalischen Frage in wesentlich friedlichem Charakter sprechen. Zur Deckung des Defizits wird eine Erhöhung der Markulbeiträge vorgeschlagen. — Der Oberpräsident Graf Arnim wird nicht auf seinen Posten in Breslau zurückkehren.

(Privatdepesche der Posener Zeitung.)

Berlin, 21. Februar. Das Abgeordnetenhaus genehmigte obige Debatte in dritter Lesung den Vertrag zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen über die Unterhaltung der Schiffsfahrtszeichen auf der Unterweser und setzte die zweite Lesung des Kultusetats fort, der zur Position „Provinzialhulskollegien“ unverändert genehmigt wurde.

Newyork, 19. Februar.

(Per transatlantischen Telegraph.)

Das Post-Dampfschiff „Germann“, Kapitän G. Reichmann vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welches am 3. Februar von Bremen und am 6. Februar von Southampton abgegangen war, heute 11 Uhr Vormittags wohlbehalten hier angekommen.

(Beilage.)

Abgefürzter Auszug aus 80,000 Certificaten.
Nr. 62476. Dem lieben Gott und Ihnen sei Dank. Die Reva-

Nr. 65715. Fräulein de Montlouis, von Unverdaulichkeit, Schlaflosigkeit und Abmagerung.

Joseph Lurie, Publisher: J. M. McGraw-Hill.

